349

Bundesgesetzblatt

Teil II — Z 1998 A

1975 | Ausgegeben zu Bonn am 22. März 1975 | Nr. 18

Tag — Inhalt — Seite

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit

Vom 13. Februar 1975

In Bonn ist am 20. Dezember 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 9

am 20. Dezember 1974

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. Februar 1975

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tunesischen Republik

Im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik,

In dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

In dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung und Vertiefung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

In der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Tunesischen Republik beizutragen, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Tunesischen Republik oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für Vorhaben des tunesischen Vierjahresplanes, wenn nach Prüfung ihre Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 65 Mio DM (in Worten: fünfundsechzig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Tunesischen Republik oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für die Einfuhr von Waren zur Deckung des laufenden, notwendigen, zivilen Bedarfs der tunesischen Industrie und der tunesischen Wirtschaft sowie gegebenenfalls damit zusammenhängende Leistungen ein Darlehen bis zu 15 Mio DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge nach dem 1. Januar 1975 abgeschlossen worden sind.

Artikel 3

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 und 2 genannten Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen den Darlehensnehmern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung der Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers auf Grund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge.

Artikel 4

Die Regierung der Tunesischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 3 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Tunesischen Republik erhoben werden.

Artikel 5

Die Regierung der Tunesischen Republik überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 6

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen gemäß Artikel 1 finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 8

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 5 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Tunesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 20. Dezember 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Gehlhoff

Für die Regierung
der Tunesischen Republik
Essaafi

Anlage
gemäß Artikel 2 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren, die die Tunesische Republik nach Artikel 2 des Regierungsabkommens vom 20. Dezember 1974 bis zur Höhe von 15 Mio DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) beziehen kann:
   a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate
   b) Industrielle Ausrüstungen
   c) Nutzfahrzeuge
   d) Erzeugnisse der chemischen Industrie
   e) Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
   f) Sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens von Bedeutung sind.
2. Einfuhren gemäß der obigen Liste sollen eine möglichst große Anzahl Warenarten umfassen. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt. Die Einfuhr von Luxus- und Verbrauchsgütern des privaten Bedarfs und aller Güter, die der militärischen Ausrüstung dienen, ist von der Finanzierung aus der Warenhilfe ausgeschlossen.

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Stockholmer Zusatzvereinbarung zum Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren

Vom 28. Februar 1975

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Zusatzvereinbarung zum Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 444) tritt nach ihrem Artikel 5 Abs. 2 für

Japan am 24. April 1975

in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 161).

Bonn, den 28. Februar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Fassung der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst

Vom 5. März 1975

Die in Paris am 24. Juli 1971 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069) tritt nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Brasilien	am	20. April 1975
Dahome	am	12. März 1975
den Heiligen Stuhl	am	24. April 1975
Luxemburg	am	20. April 1975

in Kraft.

Ferner tritt diese Fassung der Übereinkunft mit Ausnahme der Artikel 1 bis 21 und des Anhangs nach ihrem Artikel 28 Abs. 3 für

Südafrika	am	24. März 1975

in Kraft.

Südafrika hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde eine Erklärung nach Artikel 33 Abs. 2 der Übereinkunft abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Februar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 244).

Bonn, den 5. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum

Vom 5. März 1975

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 295) tritt nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Ägypten	am	21. April 1975
Algerien	am	16. April 1975
den Heiligen Stuhl	am	20. April 1975
Indien	am	1. Mai 1975
Japan	am	20. April 1975
Kuba	am	27. März 1975
Portugal	am	27. April 1975
Togo	am	28. April 1975
Vietnam	am	30. April 1975

in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Februar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 228).

Bonn, den 5. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation

Vom 6. März 1975

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1974 zu dem Abkommen vom 13. September 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation (Bundesgesetzblatt 1974 II S. 1074, 1100) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2

am 1. April 1975

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind am 9. Januar 1975 in Paris ausgetauscht worden.

Bonn, den 6. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Bekanntmachung der Änderungen der Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Vom 14. März 1975

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hat nach Artikel XX der Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen vom 16. Oktober 1945 in der Fassung von 1971 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 1033) in der 16. Sitzung vom 6. bis 25. November 1971 und in der 17. Sitzung vom 10. bis 29. November 1973 die nachfolgenden Änderungen der Satzung beschlossen:

a) am 19. November 1971
Artikel V Abs. 6,
Artikel VII Abs. 1—5;

b) am 24. November 1971
Artikel XI;

c) am 16. November 1973
Artikel V Abs. 1;

d) am 26. November 1973
Artikel XIV Abs. 3

Die geänderten Artikel werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 1055).

Bonn, den 14. März 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

a) am 19. November 1971

Article V

Council of the Organization

6. To assist the Council in performing its functions, the Council shall appoint a Programme Committee, a Finance Committee, a Committee on Constitutional and Legal Matters, a Committee on Commodity Problems, a Committee on Fisheries, a Committee on Forestry and a Committee on Agriculture. These Committees shall report to the Council and their composition and terms of reference shall be governed by rules adopted by the Conference.

Article V

Conseil de l'Organisation

6. Le Conseil crée un Comité du programme, un Comité financier, un Comité des questions constitutionnelles et juridiques, un Comité des produits, un Comité des pêches, un Comité des forêts et un Comité de l'agriculture qui l'aident à s'acquitter de ses fonctions. Ces comités rendent compte au Conseil. Leur composition et leur mandat sont déterminés par des règles adoptées par la Conférence.

(Übersetzung)

Artikel V

Der Rat der Organisation

(6) Der Rat ernennt einen Planungsausschuß, einen Finanzausschuß, einen Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen, einen Ausschuß für Erzeugnisse, einen Ausschuß für Fischerei, einen Ausschuß für Forstwirtschaft und einen Ausschuß für Landwirtschaft; diese unterstützen ihn bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Ausschüsse erstatten dem Rat Bericht; ihre Zusammensetzung und ihr Aufgabenbereich richten sich nach den von der Konferenz angenommenen Regeln.

Article VII

The Director-General

1. There shall be a Director-General of the Organization who shall be appointed by the Conference for a term of six years, after which he shall not be eligible for reappointment.

2. The appointment of the Director-General under this Article shall be made by such procedures and on such terms as the Conference may determine.

3. Should the office of Director-General become vacant during the above-mentioned term of office, the Conference shall, either at the next regular session or at a special session convened in accordance with Article III, paragraph 6 of this Constitution, appoint a Director-General in accordance with the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article. However, the duration of the term of office of a Director-General appointed at a special session shall expire at the end of the year of the third regular session of the Conference following the date of his appointment.

4. Subject to the general supervision of the Conference and the Council, the Director-General shall have full power and authority to direct the work of the Organization.

5. The Director-General or a representative designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Conference and of the Council and shall formulate for consideration by the Conference and the Council proposals for appropriate action in regard to matters coming before them.

Article VII

Directeur Général

1. L'Organisation a un Directeur général nommé par la Conférence pour un mandat de six ans, après quoi il ne sera plus rééligible.

2. La nomination du Directeur général en vertu du présent article, se fait suivant la procédure et dans les conditions que la Conférence détermine.

3. Si le poste de Directeur général devient vacant pendant la période indiquée ci-dessus, la Conférence, soit à la session ordinaire suivante, soit à une session extraordinaire convoquée conformément aux dispositions du paragraphe 6 de l'article III du présent Acte constitutif, nomme un Directeur général en conformité des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article. Toutefois, la durée du mandat du Directeur général nommé lors d'une session extraordinaire expire à la fin de l'année durant laquelle se tient la troisième session ordinaire de la Conférence à compter de la date de sa nomination.

4. Sous réserve du droit de contrôle général de la Conférence et du Conseil, le Directeur général a pleins pouvoirs et autorité pour diriger les travaux de l'Organisation.

5. Le Directeur général, ou un représentant désigné par lui, participe, sans droit de vote, à toutes les séances de la Conférence et du Conseil et soumet à leur examen toutes propositions en vue d'une action appropriée relative aux questions dont ces organes sont saisis.

Artikel VII

Der Generaldirektor

(1) Der Generaldirektor der Organisation wird von der Konferenz für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt; danach ist eine Wiederernennung nicht möglich.

(2) Die Ernennung des Generaldirektors auf Grund dieses Artikels erfolgt nach den von der Konferenz bestimmten Verfahren und zu den von ihr festgelegten Bestimmungen.

(3) Sollte das Amt des Generaldirektors während der oben genannten Amtszeit verwaisen, so ernennt die Konferenz entweder auf der nächsten ordentlichen Tagung oder auf einer nach Artikel III Absatz 6 einberufenen außerordentlichen Tagung einen Generaldirektor im Einklang mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels. Die Amtszeit eines auf einer außerordentlichen Tagung ernannten Generaldirektors läuft jedoch am Ende des Jahres ab, in dem die dritte ordentliche Tagung der Konferenz nach dem Zeitpunkt seiner Ernennung stattfindet.

(4) Vorbehaltlich der allgemeinen Aufsicht durch die Konferenz und den Rat besitzt der Generaldirektor alle Vollmachten und Befugnisse, um die Arbeiten der Organisation zu leiten.

(5) Der Generaldirektor oder ein von ihm bezeichneter Vertreter nimmt ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Konferenz und des Rates teil und arbeitet zur Prüfung durch die Konferenz und den Rat Vorschläge für geeignete Maßnahmen hinsichtlich aller Fragen aus, mit denen sie befaßt werden.

b) am 24. November 1971

Article XI

Reports by Member Nations and Associate Members

1. All Member Nations and Associate Members shall communicate regularly to the Director-General, on publication, the texts of laws and regulations pertaining to matters within the competence of the Organization which the Director-General considers useful for the purposes of the Organization.

2. With respect to the same matters, all Member Nations and Associate Members shall also communicate regularly to the Director-General statistical, technical and other information published or otherwise issued by, or readily available to, the government. The Director-General shall indicate from time to time the nature of the information which would be most useful to the Organization and the form in which this information might be supplied.

3. Member Nations and Associate Members may be requested to furnish, at such times and in such form as the Conference, the Council or the Director-General may indicate, other information, reports or documentation pertaining to matters within the competence of the Organization, including reports on the action taken on the basis of resolutions or recommendations of the Conference.

Article XI

Rapports à fournir par les Etats Membres et les Membres associés

1. Les Etats Membres et les Membres associés adressent régulièrement au Directeur général, dès leur publication, les textes de lois et règlements portant sur les questions relevant de la compétence de l'Organisation que le Directeur général juge utiles aux fins poursuivies par l'Organisation.

2. A ce même titre, les Etats Membres et les Membres associés adressent régulièrement au Directeur général les renseignements statistiques, techniques et autres qui sont publiés ou diffusés par les gouvernements ou qu'ils sont en mesure d'obtenir sans difficulté. Le Directeur général précise, de temps à autre, la nature des renseignements les plus utiles à l'Organisation et la forme sous laquelle ils devraient être fournis.

3. Tout Etat Membre et Membre associé peut être invité à fournir, à telles époques et sous telle forme qu'indiquera la Conférence, le Conseil ou le Directeur général, d'autres renseignements, rapports ou documents portant sur les questions qui relèvent de la compétence de l'Organisation, y compris des rapports sur les mesures prises pour donner suite aux résolutions ou recommandations de la Conférence.

Artikel XI

Berichte der Mitgliedstaaten und der assoziierten Mitglieder

(1) Alle Mitgliedstaaten und assoziierten Mitglieder übermitteln dem Generaldirektor regelmäßig alsbald nach der Veröffentlichung den Wortlaut der Gesetze und sonstigen Vorschriften über in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallende Angelegenheiten, die der Generaldirektor als nützlich für die Ziele der Organisation erachtet.

(2) In bezug auf die gleichen Angelegenheiten übermitteln alle Mitgliedstaaten und assoziierten Mitglieder dem Generaldirektor ferner regelmäßig statistische, fachliche und andere Informationen, die von der Regierung veröffentlicht oder auf andere Weise herausgegeben wurden oder die ihr sonst zur Verfügung stehen. Der Generaldirektor teilt von Zeit zu Zeit mit, welche Informationen für die Organisation besonders nützlich sind und in welcher Form sie zur Verfügung gestellt werden könnten.

(3) Die Mitgliedstaaten und assoziierten Mitglieder können ersucht werden, andere Informationen, Berichte oder Unterlagen über in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallende Angelegenheiten zu einem Zeitpunkt und in einer Form vorzulegen, die von der Konferenz, dem Rat oder dem Generaldirektor angegeben werden; hierzu können auch Berichte über die Maßnahmen gehören, die auf Grund von Entschließungen oder Empfehlungen der Konferenz getroffen wurden.

c) am 16. November 1973

Article V

Council of the Organization

1. A Council of the Organization consisting of forty-two Member Nations shall be elected by the Conference. (The rest of present paragraph 1 remains unchanged.)

Article V

Conseil de l'Organisation

1. La Conférence élit le Conseil de l'Organisation. Le Conseil se compose de quarante-deux Etats Membres. (Le reste du paragraphe n'est pas modifié.)

Artikel V

Der Rat der Organisation

(1) Die Konferenz wählt einen Rat der Organisation, der aus zweiundvierzig Mitgliedstaaten besteht. (Der Rest des derzeitigen Absatzes 1 bleibt unverändert.)

d) am 26. November 1973

Article XIV

Conventions and agreements

3. Conventions, agreements, and supplementary conventions and agreements shall:

(a) ...

(b) contain provisions concerning the Member Nations of the Organization, and such non-member States

Article XIV

Conventions et accords

3. Les conventions et accords et les conventions et accords complémentaires:

a) ...

b) précisent les Etats Membres de l'Organisation et les Etats non membres faisant partie de l'Organi-

Artikel XIV

Übereinkommen und Abkommen

(3) Die Übereinkommen, Abkommen, Zusatz-Übereinkommen und -abkommen

a) ...

b) haben Bestimmungen darüber zu enthalten, welche Mitgliedstaaten der Organisation und welche

as are members of the United Nations, any of its Specialized Agencies or the International Atomic Energy Agency which may become parties thereto and the number of acceptances by Member Nations necessary to bring such convention, agreement, supplementary convention or agreement into force, and thus ensure that it will constitute a real contribution to the achievement of its objectives. In the cases of conventions, agreements, supplementary conventions and agreements establishing commissions or committees, participation by non-member States of the Organization that are members of the United Nations, any of its Specialized Agencies or the International Atomic Energy Agency shall in addition be subject to prior approval by at least two thirds of the membership of such commissions or committees;

sation des Nations Unies, de l'une quelconque des institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique, qui peuvent y adhérer et le nombre d'adhésions par des Etats Membres nécessaire pour que la convention, l'accord, la convention ou l'accord complémentaire entrent en vigueur, ces dispositions étant destinées à mesurer que l'existence de l'instrument en question permettra effectivement d'atteindre les objectifs visés. Dans le cas de conventions, accords, conventions ou accords complémentaires instituant des commissions ou comités, la participation des Etats non membres de l'Organisation faisant partie de l'Organisation des Nations Unies, de l'une quelconque des institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique est subordonnée en outre à l'approbation préalable des deux tiers au moins des membres de la commission ou du comité intéressé;

Nichtmitgliedstaaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen, einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation sind, Vertragspartei werden können und wie viele Mitgliedstaaten das betreffende Übereinkommen, Abkommen, Zusatz-Übereinkommen oder -abkommen annehmen müssen, damit es in Kraft tritt; dadurch soll sichergestellt werden, daß eine solche Übereinkunft tatsächlich zur Verwirklichung der darin angestrebten Ziele beiträgt. Werden durch ein Übereinkommen, Abkommen, Zusatz-Übereinkommen oder -abkommen Kommissionen oder Ausschüsse eingesetzt, so ist für die Beteiligung von Nichtmitgliedstaaten der Organisation, die Mitglieder der Vereinten Nationen, einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation sind, außerdem die vorherige Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder dieser Kommission oder Ausschüsse erforderlich;

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.